



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 28.07.2014

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:18 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Frau Stadträtin Goeth

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Geier, Stadtwerke
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Simon, Hauptamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung	
2.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Stafflangen	150/2014
3.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Ringschnait	149/2014
4.	Wahl der stellvertretenden Ortsvorsteher für den Stadtteil Mettenberg	148/2014
5.	Verlängerung des Personalkostenzuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Biberach e. V. bis zum 31.12.2016	131/2014
6.	Neubau Kindergarten Rissegg Ergebnis des Architektenwettbewerbs Beauftragung des Architekten	142/2014
7.	Zusätzliche Stellenbesetzungen in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen	143/2014
8.	Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadtwerke Biberach GmbH	141/2014
9.	Aktueller Planungsstand der Hochbauprojekte	122/2014
10.	Änderung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Biberach GmbH - Zusammensetzung des Aufsichtsrats	145/2014
11.	Neubildung des Gemeinderats - Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen-	147/2014
12.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 1. und 2. Quartal 2014	144/2014
13.1.	Verschiedenes - Rund ums Schützenfest	
13.2.	Verschiedenes - Beitrag der Freien Wähler in BIBERACH KOMMUNAL, Ausgabe vom 23.07.2014	

Die Mitglieder wurden am 23.07.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 23.07.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Behandlung der Tagesordnung

StR Hagel **beantragt**, Tagesordnungspunkt 11, die Entscheidung über die Unterrichtstafeln an der B30, von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies mit dem aktuellen Presseartikel der Schwäbischen Zeitung und dass nach kurzer Absprache in den Fraktionen das Thema in neuer Gremienbesetzung und möglichst erst nichtöffentlich vorberaten werden sollte.

Der Absetzung des Tagesordnungspunkts wird einstimmig zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 150/2014 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler bezeichnet die Ortsvorsteher für die gesamte Stadt als wichtiges Scharnier zum Gemeinderat und für die Verwaltung Vorposten zu den Ortsteilen. Was sie in den Ortsteilen leisteten, bedeutete einen enormen zeitlichen und persönlichen Einsatz. Wenn es sie nicht geben würde, müsste man sie eigentlich erfinden. Bei seiner Tour durch die Ortschaften komme aus dem Ortschaftsrat und aus der Bevölkerung viel Wertschätzung zum Ausdruck. Er dankt allen herzlich für die Arbeit, die sie für Biberach leisteten.

Es wird applaudiert.

OB Zeidler fährt fort, alle vier Ortsvorsteher verstünden ihre Arbeit perfekt und seien unterschiedlich ausgeprägt und mit allen kommunalen Wassern gewaschen.

Ortsvorsteher Aßfalg sei seit 30 Jahren Ortschaftsrat und seit 40 Jahren im öffentlichen Dienst. Im Jahr 2015 werde er 25 Jahre Ortsvorsteher in Stafflangen sein. Auch die aktuelle Wiederwahl sei bereits die fünfte gewesen. Stafflangen im Jahr 2014 sei sicher nicht mehr vergleichbar mit dem Jahr seines Arbeitsbeginns. Herr Aßfalg habe sehr viel bewegen können und Stafflangen trage seine Handschrift. Er unterstreicht seine Dankesworte mit einem Weinpräsident.

Es wird applaudiert.

Auf geheime Wahl wird verzichtet und offen abgestimmt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Helmuth Aßfalg, Talblick 28, wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Stafflangen gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Frau Ortschaftsrätin Waltraud Jeggle, Biberacher Straße 11, wird zur 1. Stellvertretenden Ortsvorsteherin ernannt.**
- 3. Herr Ortschaftsrat Erich Aßfalg, Talblick 22, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 149/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat durch offene Abstimmung einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Walter Boscher, Sachsenring 23, wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Ringschnait gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Herr Ortschaftsrat Otto Deeng, Sachsenring 30, wird zum 1. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**
- 3. Herr Ortschaftsrat Werner Beck, Winterreute 54/1, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

Anschließend dankt OB Zeidler auch Ortsvorsteher Boscher für seine Arbeit. Er gehöre dem Ortschaftsrat seit 1999 an und übe das Amt des Ortsvorstehers seit 2004 aus. Er bezeichnet Ringschnait für die Zukunft als eine der Hauptkampfzonen und nennt als Begründung die Themen B312, Vereinsförderung und Windkraft. Letztere werde wenn dann auf Gemarkung Ringschnait verwirklicht.

Er übermittelt auch den herzlichen Dank an den stellvertretenden Ortsvorsteher Otto Deeng und wünscht alles Gute für die Zukunft. Dann überreicht er Weinpräsente.

TOP 4 Wahl der stellvertretenden Ortsvorsteher für den Stadtteil Mettenberg 148/2014

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 148/2014 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler dankt den stellvertretenden Ortsvorstehern und äußert den Wunsch, dass sie nicht gar zu oft bei schwierigen Themen gefordert würden.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat in offener Abstimmung einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Ortschaftsrat Josef Weber, Althof 10, wird zum 1. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**
- 2. Frau Ortschaftsrätin Katharina Jehle, Tobelweg 14, wird zur 2. Stellvertretenden Ortsvorsteherin benannt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 131/2014 zur Beschlussfassung vor, auf die OB Zeidler verweist.

StR Walter signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Der Kinderschutzbund leiste gute Arbeit und man sei zuversichtlich, dass die Konzeption in den nächsten Monaten gelinge und nachgereicht werde. Er signalisiert den Dank an Frau Engler und ihr Team für die Geduld und Flexibilität, die in ihrer Arbeit immer wieder erkennbar seien.

Auch StR Lemli würdigt die seit Jahrzehnten hervorragend geleistete Arbeit. Konzeptionelle Arbeit sei wichtig und nach so langer Zeit sei es auch vom Kinderschutzbund gewollt, eine Konzeption vorzulegen. Für die Einrichtung sei Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre wichtig. Er dankt für das Geleistete und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Heinkele schickt voraus, die Konzeption solle spätestens 2015 vorgelegt haben und ein Angebot des Kinderschutzbundes, eine Stellungnahme der Lehrkräfte und der Verwaltung enthalten. Der Vorlage stimmten die Freien Wähler zu, da sie von der Arbeit überzeugt seien.

Die Grünen signalisierten, den Kinderschutzbund auch künftig ohne Wenn und Aber zu fördern, trägt StR Dr. Schmid vor. Es werde gute Arbeit geleistet. Dass die Gesamtkonzeption noch nicht vorliege, sei ein kleines Ärgernis, aber nicht vom Kinderschutzbund zu vertreten. Mit der neuen Leiterin des ABBS werde dies sicher nachgeholt.

StR Funk schließt sich dem Dank der Vorredner an und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion, obwohl das versprochene Konzept noch fehle. Dies sei ein Beispiel, dass nicht nur ein Aufgabenstau bei der Substanzerhaltung bestehe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Zuschuss an den Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Biberach e.V. für die Hausaufgabenbetreuung und für das Angebot "Treffpunkt 5plus" wird auf der Grundlage der Drucksachen Nr. 80/2013 und Nr. 80/2013-1 für die Jahre 2015 und 2016 verlängert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 142/2014 zur Beschlussfassung vor.

StR Herzhauser signalisiert vorab die Zustimmung der CDU-Fraktion. Diese habe den Wunsch, dass städtisches und hospitälsches Holz verwendet werde. Als wichtig bezeichnet er die Erweiterungsmöglichkeiten und dass ein zweiter Rettungsweg geschaffen werde. Die erste Aussage in der Vorlage sei hierzu unklar gewesen. Die aktuellen Pläne sollten bereits die gesetzlich notwendigen Maßnahmen berücksichtigen, um spätere, kostenträchtige und zeitintensive Umplanungen zu vermeiden. Trotz der Kostenexplosion äußert er die Bitte, die Kostenprognose vom 12.11.2013 mit 4,9 Mio. Euro einzuhalten. Das Kindergartenpersonal solle bei der weiteren Planung einbezogen werden, um Funktionsmängel zu vermeiden. Er bezeichnet es abschließend als gut, dass der Bolzplatz erhalten bleibe.

StR Keil moniert die lange Verfahrensdauer, da längst klar gewesen sei, dass der Kindergarten benötigt werde. Die Entscheidung sei erfreulich für Kinder und Eltern, die einen neuen kindgerechten Kindergarten erhielten. Durch Architekt Kaufmann sei auch ein gutes Erscheinungsbild gesichert und Biberach habe eine Kindergartenlandschaft, die zeige, dass auch Wert auf gute Architektur gelegt werde. Als wichtig bezeichnet er den Anschluss der Schwarzbach-Schule, da so ein kleiner Teil Inklusion gelebt werde und in Rissegg für die gesamte Stadt und Region so etwas wie eine kleine Bildungsmeile entstehe. Die SPD-Fraktion sehe der raschen Verwirklichung des Kindergartens sehr positiv entgegen.

StR Hummler bringt vor, die Zustimmung sei durch die Auswahl der Preisträger für die Freien Wähler um einiges leichter geworden, da die Jury die Auswahl einstimmig getroffen habe und der Sieger deutlich kostengünstiger sei als der zweite Preis. Die Freien Wähler hätten die Hoffnung, dass der Kostenrahmen eingehalten werde. Am Entwurf gefalle die Erweiterungsoption und dass mit Architekt Kaufmann jemand zum Zug komme, der bekannt sei und mit dem man bereits gute Erfahrungen gemacht habe. Er äußert noch den Wunsch, künftig der Vorlage lesbare Pläne beizufügen.

StR Späh führt aus, es habe sich relativ schnell bei der Auswahl gezeigt, wer den ersten Preis erhalte. Dieser biete eine gute Kombination zwischen Funktionalem und Architektur. Durch die Verwendung von Holz entstehe auch ein ökologisches Bauwerk, in dem man sich inklusives Arbeiten gut vorstellen könne.

StR Braig bezeichnet die Kombination mit den Schulkindergartengruppen der Schwarzbach-Schule als sehr wichtig, da schon die Grundschule in Rissegg in nächster Nähe mit ihr kooperiere. Er mahnt eine strikte Kostenkontrolle an und sieht es als kritisch an, hospitälsches Holz zu verwenden, was gegen eine rasche Realisierung spreche, da seines Erachtens das Holz nicht wie bei der Kinderkrippe kurzfristig getrocknet werden sollte.

BM Kuhlmann hält entgegen, Holz werde maschinell in kürzester Zeit getrocknet, was sogar die Qualität verbessere.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat spricht sich für die Realisierung der im Architektenwettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit aus.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabeverhandlungen im VOF-Verfahren mit dem Ziel zu führen, das Architekturbüro Johannes Kaufmann, Dornbirn, mit den Planungsleistungen nach HOAI zu beauftragen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 143/2014 –NEU zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler führt aus , man stehe unter Entscheidungsdruck, da das Kindergartenjahr nicht mit dem Kalenderjahr identisch sei. Daher bestehe Handlungsdruck und man bitte um Verständnis, dass vom eigentlichen Verfahren, unterjährig keine Stellen zu schaffen, abgewichen werde. Er sehe keinen unproblematischen Weg, wie dies künftig besser gelöst werden könnte.

StR Walter gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sehe die Notwendigkeit, Kindergärten adäquat auszustatten. Vielleicht habe aber die junge Amtsleitung neue, innovative Ideen, damit künftig keine Kritik mehr erforderlich werde. Er sei schon gespannt auf das Buch „Die Generation Betreuung“, das sicher einmal aufgelegt werde.

StRin Drews gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion freue sich über die Vorlage, da man eine hohe Qualität in den Kindergärten wünsche und ein regelmäßiges Angebot mit engagierten und geeigneten Kräften. Bildung koste, keine Bildung koste mehr.

StR Hummler meint, wer für die Schaffung entsprechender Einrichtungen stimme, müsse sie auch personell adäquat ausstatten. Zur unterjährigen Stellenbesetzung habe seine Fraktion auch keine Alternative parat. Er erkundigt sich nach der Resonanz auf die Stellenausschreibungen angesichts des angespannten Arbeitsmarktes und fragt, inwieweit sich die überdurchschnittliche Ausstattung und Bezahlung auf die Bewerberqualität ausgewirkt habe.

Auch StR Späh meint, die Grundsatzbeschlüsse seien gefasst und einheitliche Standards in den Kindergärten wichtig. Er bezeichnet es als erfreulich, dass bestehende Lücken geschlossen werden konnten. Unterjährige Stellenbesetzungen seien in diesem Fall wichtig, um die Anmeldungen im neuen Kindergartenjahr umsetzen zu können.

Frau Schneider lässt wissen, bei der Stellenbesetzung für den Kindergarten am Mittelberg habe man zunächst Probleme gehabt, letztlich aber doch noch Bewerber gefunden. Die Auswahl habe vor ihrer Einstellung stattgefunden, weshalb sie zur Bewerberanzahl keine Aussage treffen könne bzw. diese nachliefern müsste.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Besetzung der in Drucksache Nr. 143/2014 - NEU aufgeführten Stellen im Bereich Kindergärten und Grundschulen wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 141/2014 zur Beschlussfassung vor.

Es wird auf die falsche Jahreszahl im Betreff aufmerksam gemacht, die richtig 2013 heißen muss.

StR Abele führt aus, man habe das Unternehmen gegründet, um Tätigkeitsfelder auszugliedern, die sonst im städtischen Haushalt abgebildet würden. Aus Unternehmenssicht seien die Fehlbeträge erschreckend, faktisch dürften sie aber nicht erschrecken. Aus der Vorlage lese man aber auch, dass der Fehlbetrag sich reduziert habe, obwohl die Beteiligungserträge der e.w.a riss, die Grund für die Unternehmensgründung gewesen seien, sich halbiert hätten. Das Thema werde den Gemeinderat weiter beschäftigen, er halte jedoch den Jahresabschluss der Stadtwerke nicht für den richtigen Rahmen, hierüber zu diskutieren. Die Verwaltung sei aufgefordert, die Entwicklung transparent darzustellen, da Transparenz auch im Zusammenhang mit dem städtischen Haushalt erforderlich sei. Er nennt als Stichwort die Eigenkapitalstärkung.

Er zeigt auf, dass für ein neutrales Ergebnis bei den Bädern die Eintrittspreise 10 Euro und somit beträchtlich mehr als aktuell verlangt, betragen müssten. Die Stadt leiste es sich jedoch, diesen Bereich zu bezuschussen. Ähnlich sei es beim ÖPNV, der aber auch von Landkreiszahlungen profitiere. Er bezeichnet es als erfreulich, dass beim ÖPNV bis 2023 Planungssicherheit in der aktuellen Form bestehe, was auch ein Verdienst des Aufsichtsrats sei, der immer wieder auf die Geschäftsführung und die Teamleitung eingewirkt und diese aufgefordert habe, nach Lösungen zu suchen, um nicht selber als Unternehmer tätig werden zu müssen. Das Parkhaus Ulmer Tor stehe immer wieder auf der Tagesordnung und auch beim ÖPNV bestehe Verbesserungspotential. Er nennt als Beispiele die räumliche und zeitliche Ausweitung des Anrufsammeltaxis sowie die im Rahmen des Kommunalwahlkampfes immer wieder thematisierte bessere Anbindung des Talfelds. Die CDU-Fraktion begrüße Maßnahmen zum Kundenservice und bestärke die Geschäftsführung, diesen Part weiter auszubauen. Eine Maßnahme habe man mit der ersten Stunde gebührenfreien Parkens, die Kundenservice pur darstelle. Er dankt abschließend der Geschäftsführung und den Mitarbeitern.

StR Lemli dankt StR Abele für die ausführliche Stellungnahme. Ergänzend teilt er mit, die Vorlage sei für den Gemeinderat sehr wichtig, da er so erstmals über den Geschäftsverlauf informiert werde, da Aufsichtsratssitzungen sonst nichtöffentlich abläfen. Die Stadtwerke deckten drei wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge ab, in die man in den vergangenen Jahren gut und kräftig investiert habe. Dieses innovative Verhalten solle weiterbetrieben werden und man dürfe sich nicht auf Erreichtem zurücklehnen. Daher müsse bei den Bädern und im ÖPNV immer wieder nachgesteuert werden, so dies erforderlich sei. Er dankt der Geschäftsführung für die Arbeit und äußert namens der SPD-Fraktion die Zuversicht, dass das Unternehmen auf einem guten Weg sei, wobei das Thema Glasfaser einen Wermutstropfen darstelle.

StR Zügel schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Er bezeichnet es in der politischen Bewertung als wichtig, dass Infrastrukturmaßnahmen in eine besondere Gesellschaft ausgegliedert worden seien, wobei es nicht möglich sei, dass in diesen Sparten Gewinne erwirtschaftet würden.

Das Unternehmen verzeichne im Prinzip eine normale, stabile Entwicklung mit Ausnahme der Beteiligungserträge, die zurückgingen und 2014 nochmals schlechter ausfielen. Das Ergebnis der Betriebsprüfung bezeichnet er als sehr erfreulich. Interessant sei es, dass im Parkhaus Ulmer Tor erste Sanierungen erforderlich würden, obwohl es noch relativ neu sei. Aufgrund der verbesserten Auslastung des Ärztehauses werde es auch gut genutzt und eine Erweiterung sei aus Sicht der Freien Wähler sinnvoll. Bezahlen müsse dies der Gesellschafter, die Stadt Biberach. Er signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler zum Beschlussantrag.

StRin Sonntag schließt sich den Vorrednern an und bezeichnet es als besonders wichtig, dass bei den Bädern Maßnahmen zur Energieeffizienz greifen würden. Das Parkhaus erfordere immer neue Investitionen und offenbare, wie teuer der ruhende Verkehr sei. Dies müsse man bei Zukunftsinvestitionen beachten. Der Kostendeckungsgrad bei der Parkierung betrage 45 Prozent, im Gegensatz dazu beim ÖPNV 89 Prozent. Faktisch bezuschusse man jeden Parkierungsvorgang mit einem Euro. Für die Grünen habe daher die Stärkung des ÖPNVs Zukunft. Dort bestünden auch noch Optimierungsmöglichkeiten, beispielsweise durch die Zusammenlegung von Buslinien, die Optimierung von Strecken oder die Verbindung mit Firmenverkehren.

StR Funk führt aus, die Spartenergebnisse seien bekannt und unterlägen keinen großen Schwankungen. Man wisse, was man sich gönne und gegebenenfalls über den städtischen Haushalt finanziere. Für den Gemeinderat wäre wichtig zu wissen, was mittelfristig von der Stadt für die Stadtwerke finanziert werden müsse. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2013 wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 13.05.2014 der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, festgestellt.**
- 2. Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2013:
Der Verlustvortrag von 8.924.057,79 Euro und der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.544.897,43 Euro werden auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Entlastung der Geschäftsführung und**
- 4. des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 122/2014 zur Information vor. Sie wurde bereits im Bauausschuss am 03.07.2014 vorgestellt.

StR Kolesch begrüßt die öffentliche Behandlung der Vorlage im Gemeinderat. Sie enthalte Projekte, die im Herbst in die entscheidende Phase kämen und zeige, wie viel in der Stadt passiere. Es stelle eine große Herausforderung für die Verwaltung dar, all diese Maßnahmen abzuwickeln und die Kosten einzuhalten. Es sei aber auch eine Herausforderung für den Gemeinderat, da im Bauausschuss im Herbst die Ausführungsplanungen zu entscheiden seien. Er äußert die Bitte an die Verwaltung, nicht alles kurzfristig und auf einmal zur Entscheidung vorzulegen. Etliche Entscheidungen seien unstrittig. Diskussionsbedarf bestehe aber vermutlich bei der energetischen Sanierung des Wieland-Gymnasiums und dem Neubau des Jugendhauses. Bei letzterem sei von starken Kostensteigerungen die Rede und die Verwaltung sei daher gefordert, auch im Dialog mit den Projektgruppen Sorge zu tragen, dass der Entwurf einigermaßen umsetzbar bleibe. Man habe einen tollen Beteiligungsprozeß durchgeführt und es wäre nicht vermittelbar, dessen Ergebnis nicht umsetzen zu können. Der Vorschlag von OB Zeidler in seiner Heimatstundenrede, dass mit Eigenleistungen einiges erreicht werden könne, sei sicher sinnvoll und in einigen Ortsteilen bei den Vereinen auch üblich, rette aber angesichts der im Raum stehenden Summe nichts. Die CDU-Fraktion sei gespannt auf den Verwaltungsvorschlag, der dann hoffentlich mit den Jugendlichen abgestimmt und von diesen mitgetragen werde.

Er nimmt die Vorlage zum Anlass, die aktuelle Diskussion in der Stadt zu verschiedenen Projekten anzusprechen und fordert die Verwaltung zu größtmöglicher Transparenz auf und erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion hierzu. Dabei sei auch eine Broschüre zu den Beteiligungsmöglichkeiten genannt. Das rechtlich Gebotene zur Bürgerbeteiligung sei nicht mehr ausreichend und von der Verwaltung werde auch mehr erbracht. Die CDU-Fraktion unterstütze und ermuntere weiterhin mehr als erforderlich zu tun, beziehungsweise dies sogar noch auszuweiten.

StRin Kübler dankt für den Zwischenbericht, den sie als sehr wertvoll bezeichnet. Er enthalte viele Maßnahmen, die man seit mehreren Jahren begleite und diskutiere und die eine gewisse Reifezeit benötigt hätten. Weitere, dort nicht enthaltene Maßnahmen stünden noch zur Entscheidung an, beispielsweise im Bereich Bildung und Betreuung. Es sei bedauerlich, dass man nun in den Bauboom gerate und damit steigende Baupreise hinzunehmen habe, was auch zwingende Prioritäten zu setzen. Für die SPD-Fraktion bezeichnet sie es als ein Muss, die gute Finanzlage zu nutzen. Dies entlaste auch künftige Jahre und eventuelle Zeiten eines Konjunkturrückgangs, in denen dann nicht schmerzliche Einschnitte vorgenommen werden müssten. Auch sie plädiert für transparente Verfahren bei Bauvorhaben.

StR Heinkele unterstreicht Letzteres und bezeichnet es als wichtig, den Gemeinderat und die Bürger immer auf dem Laufenden zu halten. Steigende Baukosten seien bedauerlich, in Biberach zum Teil aber hausgemacht. Man habe eine florierende Wirtschaft, die auch investiere und hinzu komme die Stadt mit ihren Maßnahmen, was zu überhöhten Preisen führe. Er äußert Freude über den Fortschritt zum Neubau des Feuerwehrgebäudes und äußert auch die Vermutung, dass die Diskussion über die energetische Sanierung des Wieland-Gymnasiums sicher spannend werde. Die Sanierung des Roten Baus scheine in geordneten Bahnen zu verlaufen.

Bauchweh bereite der Neubau des Jugendhauses, da jetzt schon von deutlichen Kostenerhöhungen die Rede sei. Notwendige Verbesserungen solle man in Absprache mit den beteiligten Jugend-

lichen vornehmen. Wenn es jedoch um Erweiterungen gehe, die Vorschriften wie das Versammlungsrecht tangierten und mit zusätzlichen Kosten und womöglich auch mehr Personalanforderungen verbunden seien, müsse Vorsicht walten. Dies bedeute nicht, dass man sich guten Vorschlägen verschließe und sicher gebe es wie von OB Zeidler vorgeschlagen, Möglichkeiten, dass junge Leute sich über Eigenleistungen einbrächten.

Die Verschiebung der Baumaßnahme Mehrzweckhalle Mettenberg bezeichnet er als unproblematisch, da alle Betroffenen zugestimmt hätten. Dass immer wieder problematische Leitungen gefunden würden wie bei der Stadthalle und in Ringschnait verwundere, man hoffe jedoch, dass die Kosten dennoch in vernünftigem Rahmen blieben.

StRin Sonntag meint, die Vielzahl der Bauprojekte wäre eine Serie in BIBERACH KOMMUNAL wert, in der jede Woche ein Projekt vorgestellt werden könnte. Dies würde auch verdeutlichen, dass nicht alles gleichzeitig gemacht werden könne. Für sie hätten Schulerneuerungen Präferenz.

StR Braig führt aus, alle Projekte seien beschlossen und es sei wieder ein ehrgeiziges Vorhaben, sowohl finanziell als auch personell, alles umzusetzen. Er bezeichnet eine laufende Kostenfortschreibung und Bewertung als wichtig und äußert die Vermutung, dass angesichts des Sanierungsstaus die Investitionsmaßnahmen in der Zukunft nicht weniger würden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 145/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

- 1. Von der Gesellschafterversammlung werden 15 Aufsichtsratsmitglieder für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Biberach GmbH gewählt und der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern.**
- 2. § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Biberach GmbH wird entsprechend geändert.**

TOP 11 Neubildung des Gemeinderats - Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen-

147/2014

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 147/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) festgestellt, dass bei den neu und wieder gewählten Mitgliedern des Gemeinderats kein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Gemeinderat der Stadt Biberach vorliegt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 144/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1, 2 und 3 zu Drucksache Nr. 144/2014 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

TOP 13.1 Verschiedenes - Rund ums Schützenfest

StR Etzinger bringt vor, das Schützenfest sei gut über die Runden gegangen, trotz der vielen wetterbedingten Unwägbarkeiten. Er bezeichnet den Einsatz des Baubetriebsamtes als toll. Die Mitarbeiter hätten alles machbar gemacht, wofür ihnen Dank gebühre. Diese Mitarbeiter identifizierten sich mit dem Schützenfest, was nicht bei allen Mitarbeitern gegeben sei.

StR Heinkele bringt vor, viele alte Biberacher hätten das Wirken von OB Zeidler während des Schützenfestes gelobt. Seine Beziehungen zum Herrgöttle von Biberach hätten zwar nachgelassen, aber er nehme sein Amt als Schützendirektor kraft Amtes mit viel Geschick wahr. Man sei froh über einen Oberbürgermeister, der den Auftakt zum Schützenfest mit der Schützendirektion vornehme. Nicht verständlich sei jedoch, warum ein Wurststand, der seinen Stand auf dem Gigelberg aus unrühmlichen Gründen verloren habe, seinen Stand im „Bermudadreieck“ zwischen Tweety, Stecken und Weichhardt habe ausbreiten dürfen.

Zurück zu den wirklichen wichtigen Prüfsteinen eines OBs in Biberach: Dies sei natürlich unter anderem die Rede zur Heimatstunde, in der er den Bogen weit gespannt und das Publikum mit kritischen und witzigen Bemerkungen sehr gut unterhalten habe. Der Ausblick auf einen Ehrenamtstag im Herbst werde von vielen Biberacher Bürgern begrüßt. Er habe das Schützenfest als Geschenk bezeichnet und es müsse sich weiterentwickeln. Dabei müsse man mit Augenmaß vorgehen. Die Schützendirektion werde mit Augenmaß begleiten und der Gemeinderat dies kritisch verfolgen.

Als ehemaliger Schwarz Veri wolle er in Absprache mit der Schützendirektion OB Zeidler einen Schwarz Veri Krug überreichen in Erwartung künftiger positiver Entscheidungen verbunden mit der Einladung zur Schwarz Veri Probe 2015.

Es wird applaudiert und er überreicht den Krug OB Zeidler.

OB Zeidler dankt und kündigt an, man werde auch dieses Jahr wieder gemeinsam das Schützenfest aufarbeiten und rechtzeitig vor Schützen 2015 präpariert sein.

TOP 13.2 Verschiedenes - Beitrag der Freien Wähler in BIBERACH KOMMUNAL, Ausgabe vom 23.07.2014

StR Funk führt aus, die Aussage der Verwaltung, dass was in BIBERACH KOMMUNAL stehe, richtig sei, treffe für den jüngsten Beitrag der Freien Wähler nicht zu, da das neue Auszählverfahren kleine Parteien nicht begünstige. Er widerlegt sämtliche Aussagen des Beitrags und meint, dies entspreche nur der Denkweise der Freien Wähler. Die Freien Wähler hätten mit 17 Prozent der Stimmen 3 Sitze in den Ausschüssen, Fraktionen mit 10 Prozent und darüber nur einen.

Er moniert, dass alle Fraktionsvorsitzenden sich wie schon 2009 praktiziert, ohne FDP getroffen und die Sitzverteilung in den Ausschüssen besprochen hätten. 2009 sei dies bei einer Fahrt des Ältestenrats nach Ingelheim geschehen und aktuell im Rahmen eines Treffens mit der Schützendirektion, zu dem er aufgrund einer Probe der Heimatstunde habe erst verspätet dazu kommen können.

OB Zeidler erwidert, in der vorigen Gemeinderatssitzung habe ein ausführlicher Austausch zu diesem Themenkomplex stattgefunden. Leider sei niemand von der FDP mehr anwesend gewesen.

StR Zügel bemerkt, der Beitrag der Freien Wähler sei fraktionsintern abgestimmt und inhaltlich richtig. Jede politische Aussage sei interpretationsfähig. Er könne keine der Aussagen der FDP übernehmen. Die Diskussion über die Besetzung der Ausschusssitze 2009 sei in Anwesenheit von StR Funk erfolgt, auch wenn er sich nicht mehr daran erinnere.

StR Abele bemerkt, CDU, SPD und Freie Wähler seien sich einig gewesen, dass eine Ausschussgröße mit 14 Sitzen gewählt werden solle. Von der FDP-Fraktion habe man hierzu keine Rückmeldung erhalten. Er bestätigt, dass die Ausschussbesetzung am Rande eines gemeinsamen Treffens mit der Schützendirektion erfolgt sei. Herr Funk sei zunächst nicht da gewesen, habe sich dann aber nicht zur Besprechung dazu gesetzt.

StR Funk erwidert, er habe keine Einladung zu dieser Besprechung erhalten, obwohl telefonisch Information zugesagt worden sei.

OB Zeidler beendet die Diskussion mit dem Hinweis, dass außer den Anwesenden niemand die Diskussion verstehe, die nur ein schlechtes Bild auf den Gemeinderat werfe.

Gemeinderat, 28.07.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann